

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt:

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/2100

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/2130

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/2170

(B) dritte Lesung

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner für Fraktion der CDU Herrn Kollegen Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So desolat, wie die Beiträge von der Regierungsseite auf uns zugekommen sind, so ist auch der Zustand dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat offensichtlich den Laden überhaupt nicht mehr im Griff.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mir tut fast noch mehr weh, mit welchem moralischen Impetus die GRÜNEN 1990 hier angetreten sind und wie sie sich heute auf alles einlassen, was es überhaupt an schmutzigen Dingen gibt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Nacken, wenn ich Ihre Worte von Anfang 1990 mit denen vergleiche, wie Sie sich heute einlassen, dann sage ich Ihnen: Bei Ihnen hat das Sein das Bewußtsein völlig verändert.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]:
Sie versuchen sich als Marxist!)

Wenn Sie noch nicht einmal davon Kenntnis haben, daß sich offensichtlich Leute, auf deren Urteil ich sehr großen Wert lege, aus der Landesregierung bei uns melden und darauf aufmerksam machen, daß mittlerweile bei vielen Besetzungen das Parteibuch offensichtlich vor der Qualität rangiert, dann wissen Sie, wie weit es hier im Lande gekommen ist,

(Beifall bei der CDU)

und dann wissen Sie alle, meine Damen und Herren, vielleicht auch aus der SPD-Fraktion, die sie immer nach bestimmten Kriterien für Besetzungen suchen, daß es ja offensichtlich doch eine Absprache zwischen Herrn Priggen und Herrn Rau gibt, wie bestimmte Positionen zu besetzen sind.

Meine Damen und Herren! Es ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, wenn uns hier vorgemacht wird, daß nicht die Produzenten von schlechten Nachrichten, sondern auf einmal die Überbringer solcher Nachrichten die Übeltäter sein sollen.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen einem ja fast die Tränen, wenn ich höre, daß auf einmal auf die Ängste und Sorgen der Mitarbeiter beim Flughafen Rücksicht genommen werden soll.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Wie spät haben Sie das entdeckt! Hatten Sie vorher keinen Kontakt mehr zu den Arbeitnehmern? Da ist doch inzwischen etwas passiert, sonst würden Sie nicht so argumentieren. Vorher hatten Sie das doch völlig anders gesehen, die Arbeitnehmer würden jetzt auf einmal durch diese Besetzung über den Verkauf informiert. - Die werden überhaupt nicht informiert, sondern Sie werden hier als Eigner entscheiden, was los ist. Das ist der Tatbestand. Erzählen Sie doch nicht irgend etwas über Rücksichtnahmen auf Arbeitnehmerinteressen, wenn es allein um bestimmte Ränkespiele in dieser Landesregierung geht!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Genauso groß wie das Desaster dieser Landesregierung ist auch dieser Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren. Ich will das an drei Punkten deutlich machen.

Der Nachtragshaushalt ist erstens eine Dokumentation des Versagens des Finanzministers Schleußer.

(Minister Heinz Schleußer spricht auf der Regierungsbank mit Ministerpräsident Dr. Johannes Rau und Minister Wolfgang Clement.)

- Vielleicht kann der Herr Finanzminister ja auch mal zuhören; denn das könnte ihn ja interessieren.

Sie, Herr Schleußer, haben auf die warnenden Stimmen der CDU im November vorigen Jahres zunächst nicht gehört;

(Beifall bei der CDU)

das waren nicht nur unsere warnenden Stimmen, sondern auch die warnenden Stimmen zum Beispiel des Bundes der Steuerzahler. Wir haben vor einem halben Jahr hier festgestellt: Dieser Haushalt 1997 ist nicht beratungsfähig. Der Finanzminister liegt bei der Einschätzung der Steuereinnahmen schwer daneben. Der Haushalt ist schöngerechnet mit realitätsfernen Ansätzen. Das war damals schon im November 1996 die Botschaft der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Nun muß der Schönrechner Schleußer alle seine Ansätze von damals korrigieren. Inzwischen ist ihm natürlich die Zeit davongelaufen. Er hätte sich, wenn er auf uns gehört hätte, ein halbes Jahr lang bereits darauf vorbereiten können. Jetzt flüchtet er sich in globale Minderausgaben, um zu vertuschen, wo denn konkret gespart und wo politische Schwerpunkte gesetzt werden sollen.

Wir stellen für die CDU fest: Herr Finanzminister, Sie haben den Konsolidierungskurs, den Sie den Bürgern dieses Landes nach der Wahl und vor der Wahl versprochen haben, absolut verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Sie verkaufen Tafelsilber des Landes für Konsumausgaben. Dies ist aus unserer Sicht nicht vertretbar.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Die 300 Millionen DM, die Sie aus Landesvermögen Erlösen wollen, hätten Sie in strukturwirksame Investitionen stecken müssen. Hätten

Sie unseren Antrag bei der Zweiten Lesung des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen, dann hätten Sie weitere Sparanstrengungen in Höhe von 300 Millionen DM unternehmen müssen. Das müssen Sie zum Haushalt 1998 sowieso. Also hätten Sie zu dem Zeitpunkt damit anfangen können, und Sie hätten das Angebot der CDU gehabt, daß wir uns an diesen Sparanstrengungen - anders als die Opposition in Bonn - beteiligen würden.

(Beifall bei der CDU)

Man kann sich ja in der Kürze der Zeit nur ein paar Punkte herausnehmen. Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Dieser Nachtrag ist auch eine Dokumentation des politischen Versagens von Herrn Clement, der im Kabinett als aufgeplusterter Adler gestartet, aber mittlerweile als gerupftes Huhn gelandet ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Wolfgang Clement)

- Herr Clement, die Kürzungen im Verkehrshaushalt um 30 Millionen DM, Einsparungen beim Schienenverkehr, beim Um- und Ausbau der Landstraßen, bei Erhaltungsinvestitionen in den Landesstraßen - das alles ist kein Ruhmesblatt für Sie als Verkehrsminister.

(Beifall bei der CDU und des Ministers Wolfgang Clement) (D)

Schleußer und die GRÜNEN haben Ihnen darüber hinaus ja eine weitere globale Minderausgabe aufgezwungen, diesmal in der Höhe von 122 Millionen DM. Davon sind 30 Millionen DM im Verkehrshaushalt, 90 Millionen DM müssen aus dem Wirtschaftshaushalt herausgeschnitten werden. Das, Herr Clement, ist keine Erfolgsbilanz, das ist eine Mißerfolgsbilanz, die Sie vorzuweisen haben.

(Beifall bei der CDU)

Mit Ihnen verhält es sich wie mit den Plakatwänden, die für die Existenzgründungsoffensive "GO" der Landesregierung werben: viel Plakatives, großer Aufwand, großer Eindruck,

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie plakatieren rot-grün!)

aber wenig Substanz. Die Geschenkpakete, mit denen Sie, Herr Wirtschaftsminister, durch die

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Lande ziehen, sind von Schleußer & Co. schon längst geplündert worden.

(Beifall bei der CDU - Lachen des Ministers Wolfgang Clement)

So wollen Sie allein für die Existenzgründungs-offensive 5 Millionen DM an die Öffentlichkeitsarbeit geben.

(Minister Wolfgang Clement: Das ist eine Strategieänderung, die Sie hier vorschlagen!)

Aus den für die Existenzgründung so wichtigen Bausteinen - ich nenne Kredite für kleine und mittlere Unternehmen, Kredite für zinsverbilligte Refinanzierungen von Beteiligungen, für Meistergründungsprämie, Beratung für Existenzgründer - sind längst Klötzchen im Legoformat geworden. Von den ursprünglich hierfür vorgesehenen 94 Millionen DM werden wohl mehr als die Hälfte durch die globalen Minderausgaben wegfallen, meine Damen und Herren. Das heißt im Klartext: Praktisch stehen für all diese Bereiche in diesem Jahr keine Gelder mehr zur Verfügung. Einen gewaltigen Anlauf nehmen und dann zu kurz springen - das ist Mittelstandsförderung à la Clement.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Davon verstehen Sie doch gar nichts!)

- (B) Herr Minister, Sie sind gut beraten, wenn Sie diese Fakten endlich auch der Öffentlichkeit bekanntgeben,

(Minister Wolfgang Clement: Das machen Sie doch!)

anstatt immer wieder den Eindruck vorzuschieben: Aber es ehrt einen Minister, wenn er selber zu solchen Sätzen steht.

(Minister Wolfgang Clement: Da verlasse ich mich ganz auf Sie!)

- Sie wollen doch in diesem Land an Reputation gewinnen. Da geben Sie sich doch ein wenig Mühe, Herr Clement.

(Beifall bei der CDU)

Also geben Sie es bekannt, anstatt immer wieder den Eindruck vorzuschieben, die Landesregierung würde enorme Mittel in diesen Bereich stecken.

(Minister Wolfgang Clement: Das kann ich nur mit Ihrer Hilfe hinkriegen!)

Zum Risikokapitalfonds, meine Damen und Herren, ist in diesen Tagen der Nachtragshaushaltsberatung

gen hier vieles gesagt worden. 9 Millionen DM standen im Haushalt. Es werden per Ende 1,2 Millionen DM nach unseren Berechnungen an Risikokapital zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, in Bayern gibt es für diesen Zweck nicht nur das Doppelte, nicht nur das Zehnfache, sondern da gibt es mit 150 Millionen DM mehr als das Hundertfache. Das ist ein Maßstab, an dem sich Nordrhein-Westfalen orientieren könnte.

(Beifall bei der CDU)

Nun versuchen Sie, Herr Minister, seit anderthalb Jahren schon, einen Fonds von 100 Millionen DM zustandezubekommen: 40 Millionen DM vom Land; 60 Millionen DM von den Banken. So hat es bisher immer geklungen. Damit sind Sie plakativ durch die Öffentlichkeit gezogen. Und am Ende bleibt nach Nachfragen im Wirtschaftsausschuß nichts übrig - keine müde Mark im Nachtragshaushalt. 4 Millionen DM will diese Landesregierung im Haushalt des Jahres 1998 zur Verfügung stellen. Das ist so gut wie gar nichts.

Um diese Blöße zu verdecken, erzählt Herr Clement jetzt auf einmal: Wir waren doch immer für die Akquisition von privaten Geldern. Warum laufen Sie denn dann noch mit dem Antrag im Wirtschaftsausschuß herum und verlangen von uns die Zusage zu diesem 100-Millionen-Fonds? An so einem Schwindel kann die CDU sich doch nicht beteiligen!

(Beifall bei der CDU)

Na ja, und die GRÜNEN - in ihrer Fraktion waren sie für Verpflichtungsermächtigungen von 45 Millionen DM in diesem Bereich. Im Ausschuß haben sie das auch noch vorgetragen. Und dann haben sie mit Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung mit der SPD genau gegen diese Verankerung von Verpflichtungsermächtigungen gestimmt. So ist das eben mit der Umfallerpartei Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben dann den Versuch unternommen, über globale Minderausgaben zumindest nicht die Investitionen treffen zu lassen. Wir haben den Antrag gestellt: Verschont die Hauptgruppen 7 und 8 im Haushalt. Die Antwort lautete: Das machen wir nicht mit - totale Ablehnung. Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt werden die Investitionen weiter zugunsten des Konsums gekürzt.

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Das ist die Versündigung an den Arbeitsplätzen der jetzigen und der nächsten Generation.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gerade über die Flughäfen gesprochen. Dieses Stück, das sich die GRÜNEN da geleistet haben, ist wirklich die Krönung dessen, was sie hier jemals geleistet haben. Da wird auf dem Parteitag in Borken beschlossen: kein Verkauf, wir machen überhaupt nichts mit, der Flugverkehr muß zurückgehen. Dann stimmen Sie aber nicht einmal dieser Minimallösung zu, die Flughäfen aus der Beteiligungsgesellschaft herauszunehmen und das Parlament darüber diskutieren zu lassen und das nicht ans Kabinett zu delegieren, weil sie eben Umfaller Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall bei der CDU)

Erst wollten die GRÜNEN, dann konnten sie nicht. Und die Begründung: Sie dürften nicht immer, wie sie wollten. So hieß es im Wirtschaftsausschuß.

Im Umgang mit Minister Clement versuchen allerdings die GRÜNEN in der letzten Zeit zu machen, was sie wollen. Sie tanzen ihm nämlich auf der Nase herum.

- (B) Das geht so weit, daß die Kabinettskollegin Höhn Herrn Clement und seinen Beamten bei zeitgerechter Zulassung des Rahmenbetriebsplanes von Garzweiler II - so wörtlich - vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzung unterstellt und persönliche Schadensersatzverpflichtungen androht.

(Lothar Hegemann [CDU]: Unglaublich! - Unruhe bei der CDU)

Auf diese Weise übt sie auf den Wirtschaftsminister und seine Beamten eine Art Psychoterror aus. Herr Wirtschaftsminister, nun regen Sie sich nicht so auf.

(Ministerin Bärbel Höhn: Herr Linssen, woher haben Sie das?)

Ich darf vielleicht einmal zitieren, was Ihr Haus zu dieser Attacke gesagt hat.

(Minister Wolfgang Clement: Sie soll eben sagen, ob sie Schadensersatz von mir will. Fragen Sie Frau Kollegin Höhn!)

- Herr Clement, Ihr Haus hat dazu wörtlich gesagt, das sei eine "brisante politische Nötigung". - Das

kommt aus Ihrem Haus, Herr Clement, doch nicht von der Opposition. (C)

(Beifall bei der CDU)

Was in dieser Regierung stattfindet, das ist mittlerweile ein Kampf: jeder gegen jeden.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt ja noch toller: Nunmehr klagt ein Teil der Landesregierung gegen den anderen, nämlich der Kölner Regierungspräsident gegen die Umweltministerin. Das gab es noch nie, das gibt es nirgendwo in Deutschland. Das ist ein Treppenwitz der nordrhein-westfälischen Landesgeschichte.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde mich ja freuen, wenn der Ministerpräsident bei der dritten Lesung da wäre. Ist damit zu rechnen, daß er vielleicht noch wiederkommt, Herr Frohn? Das wäre natürlich schön. Denn bei all seiner Liebe zu Witzen und Anekdoten kann man nur sagen, über diesen Treppenwitz kann man wirklich nicht mehr lachen. Denn der Herr Ministerpräsident als Schirmherr dieser rot-grünen Veranstaltung hat diese Entwicklung letztlich selbst zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Zur Tragik seiner Demontage in diesen Wochen und Monaten gehört, daß ihn niemand mehr fragt, was er politisch noch bewegen wolle, sondern daß es überall nur heißt: Wann geht er? (D)

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich müßte der Ministerpräsident Akteur, ja am besten Regisseur in diesem Stück sein. Aber dieser Film läuft offensichtlich völlig an ihm vorbei. Den Filmschnitt betreiben längst andere.

Das alles trägt realistische Züge, man könnte es auch drastischer als ein Stück "Schmierenskomödie" bezeichnen - Sie haben vorhin den Begriff geprägt; Herr Clement -, was sich hier in Nordrhein-Westfalen an Filz - darüber haben wir vorhin in der Aktuellen Stunde gesprochen - und an rot-grünem Theater abspielt.

Die Folgen für unser Land sind schlimm. Die Arbeitslosigkeit ist in Nordrhein-Westfalen unverhältnismäßig hoch; das Schul- und Hochschulsystem in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor grundsanierungsbedürftig;

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Jugendkriminalität, Drogenmißbrauch und Gewaltverbrechen haben nach wie vor bedrohliche Ausmaße;

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

die Wirtschaftspolitik verkommt zur reinen Ankündigungspolitik,

(Beifall bei der CDU)

der Luftverkehr hängt in der Warteschleife, und der Straßenbau befindet sich im Stau. Das ist das Ergebnis, das nicht zuletzt Sie, Herr Clement, als Architekt dieser rot-grünen Koalition zu verantworten haben.

Jetzt stehen Sie vor dem schier unlösbaren Problem, daß Sie die bösen Geister, die Sie gerufen haben, nicht mehr loswerden.

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNEN werden Herrn Clement nämlich nur mit neuen und sicherlich geheim ausgehandelten Absprachen zum Ministerpräsidenten machen. Und die Folge wird sein, daß unser Land noch mehr geknebelt wird.

(Beifall bei der CDU - Heinz Hardt [CDU]:
Geclement!)

(B)

Meine Damen und Herren, wir dürfen das nicht zulassen.

Der Nachtragshaushalt ist, um nach Herrn Schleußer und nach Herrn Clement ein ganz besonderes Ruhmesblatt aufzuschlagen, auch eine Dokumentation des politischen Versagens von Sozialminister Horstmann. - Ist es wirklich nicht möglich, daß der Ministerpräsident zur dritten Lesung hier erscheint?

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist ein Skandal!)

Vielleicht wäre es doch ganz nett, wenn Sie, Herr Frohn, ihn vielleicht einmal hereinbitten würden.

Über die personalpolitische Fehlbesetzung des Sozialministeriums mit Herrn Horstmann hat ja der Kollege Arentz dem Ministerpräsidenten schon vorgestern einiges ins Stammbuch geschrieben. Er hat zwar einen SPD-Bezirksvorsitzenden im Kabinett an die Kette gelegt, sich damit aber ein Problem eingehandelt, das er dringend lösen muß.

(Beifall von Abgeordneten der CDU)

Minister Horstmann hat sein Haus nicht im Griff. (C)

(Minister Wolfgang Clement (lachend): Gibt es überhaupt einen, der etwas im Griff hat?)

Man bekommt schon fast Mitleid, wenn man hört, daß er hausintern "Pannen-Horsti" genannt wird.

(Heiterkeit bei der CDU)

Haben Sie das noch nie gehört, Herr Clement? Danach müssen Sie sich einmal erkundigen. Wenn Sie mit Arbeitnehmern aus dem Hause sprechen, dann hören Sie so etwas.

Erst läuft ihm der Staatssekretär weg, dann entgleitet ihm das Problem Forensik, jetzt wird in der Öffentlichkeit bekannt, daß dieser Sozialminister im Haushalt 1998 das Blindengeld zusammenstreichen will, und dann sollen auch noch die Kindergartenbeiträge erhöht werden.

Ich erinnere mich sehr gut daran, daß der Ministerpräsident, der sich ja immer so gern zum sozialen Gewissen der Republik deklariert, den Eltern in Nordrhein-Westfalen einmal den kostenfreien Kindergarten versprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Erhöhung der Elternbeiträge für den Kindergarten und das Antasten des Blindengeldes sind symptomatisch für den Bankrott dieses Sozialministers. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das alles wirft aber gleichzeitig auch ein bezeichnendes Licht auf den Ministerpräsidenten, zu dessen Lieblingssprüchen gehört - ich zitiere -: "Sagen, was man tut, und tun, was man sagt."

Herr Ministerpräsident, bleiben Sie nicht beim Sprücheklopfen stehen. Familien dürfen nicht mit noch höheren Kindergartenbeiträgen belastet werden.

(Beifall bei der CDU)

Zurück zum Sozialminister: In den Nachtragsberatungen war er schlichtweg nicht in der Lage zu erklären, wo er sparen könne. Statt dessen stellte er blauäugig fest, daß bei ihm am Jahresende sowieso immer Geld übrig bleiben würde. Es ist aber kein Wunder, Herr Horstmann, daß Sie zu Ihrem Etat nichts sagen können,

(Lothar Hegemann [CDU]: Der ist gar nicht da!)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) weil Sie ja offensichtlich über Ihr Haus wenig Bescheid wissen. Denn im übrigen, meine Damen und Herren, verbringt der Minister anscheinend den Großteil seiner Zeit damit, Strategiepamphlete über den Füllhornsozialismus längst verflossener Zeiten zu entwerfen und - das ist seine wichtigste Aufgabe - an den Stuhlbeinen des Genossen Clement zu sägen.

(Beifall bei der CDU)

Helfen tut ihm dabei Herr Müntefering, der seinen Platz im Landtag partout nicht aufgeben will,

(Zuruf von der CDU: Warum auch!)

und Herr Schleußer, der ja bekanntlich überall dabei ist, steht Schmiere.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die beste Assistentin von Herrn Horstmann ist allerdings Frau Behler, die in der SPD den grünen Griffel führt und die grünen Stifte anspitzt, zugleich aber immer den Eindruck erwecken will, sie sei die Gralshüterin des Philologenverbandes.

(Heiterkeit bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, das sind die "Vier vom Sägewerk". Diese Vier wollen jemanden zu Fall bringen, der laut Zeitungsberichten selber den Dolch im Gewande führt. Kurzum: Es ist eine Genossenriege, in der niemand weiß, wer gerade Königsmacher oder Königsmörder ist.

Der Streit zwischen Rot-Grün, meine Damen und Herren, ist ja nun schon seit zwei Jahren an der Tagesordnung. Auch den Streit zwischen den grünen Fundis und den Realos kennen wir zur Genüge, aber das Tüpfelchen auf dem i sind jetzt die SPD-internen Machtkämpfe und Renkespiele. Wie soll da überhaupt noch regiert werden, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen leidet unter dieser unsäglichen Koalition. Das, was hier geboten wird, ist eine Zumutung für dieses Land. Das haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht verdient!

(Beifall bei der CDU - Gegenruf des Ministers Heinz Schleußer: Sie aber auch nicht!)

Zukunftsfeindlichkeit zieht sich wie ein roter Faden auch durch diesen Nachtragshaushalt. Wer bei den Investitionen kürzt und die grünen Spielwiesen weitgehend ungeschoren läßt, der vernichtet

Arbeitsplätze. Wer statt Landesstraßen Schwulen- und Lesbenreferate ausbaut, wer statt Flughäfen Fahrradständer modernisiert, wer statt Meistergründungen vorrangig Dritte-Welt-Promotoren finanziert, der hat jeglichen Sinn für die Realitäten und die Notwendigkeiten in unserem Land verloren!

(Beifall bei der CDU - Gegenruf des Ministers Heinz Schleußer: Wer lügt, statt die Wahrheit zu sprechen!)

Vor dem Hintergrund des Hickhacks um Garzweiler II bestätigt selbst Herr Matthiesen, daß Investoren verunsichert werden, und Herr Schleußer gesteht ein, daß die Beschäftigung der SPD mit sich selbst dem Land schadet. Die Frage, meine Damen und Herren, darf doch nicht lauten "Was rettet diese rot-grüne Chaoskoalition?", sondern die Frage muß lauten "Was rettet unser Land?".

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen benötigt dringend Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen. Nordrhein-Westfalen benötigt Schulen und Hochschulen, die für Beruf und Leben fit machen. Nordrhein-Westfalen benötigt eine Wirtschaftspolitik, die Leistungsbereitschaft und Risikofreude fördert und belohnt, eine Bürokratie, die mehr leistet als sie kostet, eine Sozialpolitik, die familienfreundlich und gerecht ist, und eine Finanzpolitik, die unsere Enkel nicht in unseren Schulden ersticken läßt. Vor allen Dingen benötigt Nordrhein-Westfalen aber eine Landesregierung, die diesen Namen auch wirklich verdient.

(Heinz Hunger [SPD]: Haben Sie das von Waigel?)

Diese muß Impulse setzen, indem sie klar entscheidet und entschlossen handelt.

(Heinz Hunger [SPD]: Waigeln Sie doch nicht so herum!)

Sie, Herr Clement, haben als "Nachfolgebewerber in der Warteschleife" zur Einbringung des Haushalts 1997 im Wirtschaftsausschuß wohl mit tönenden Worten beteuert, daß die Landesregierung die Kraft besitze - so Clement wörtlich -, der jeweiligen Situation gerecht werdende Schwerpunkte zu setzen. Des weiteren sei die Landesregierung in ganz besonderer Weise gewillt, auf das Ausbleiben des Wirtschaftswachstums mit erhöhten Anstrengungen für den Arbeitsmarkt und damit für die Menschen unseres Landes zu reagieren.

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) An diesen Worten, Herr Clement, müssen wir Sie messen. Von diesen Ankündigungen sehen wir im Nachtragshaushalt - gerade im Wirtschaftshaushalt - nichts umgesetzt. Im Gegenteil: Dieser Nachtragshaushalt beweist die Kraftlosigkeit dieser Landesregierung, die nicht in der Lage ist, Schwerpunkte richtig zu setzen.

(Minister Wolfgang Clement: Die Kraft der Bonner Koalition!)

Dieser Nachtragshaushalt beweist nicht nur die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Gestaltungsunfähigkeit dieser Landesregierung. Dieser Nachtragshaushalt zeigt auch eine soziale Instinklosigkeit sondergleichen insbesondere gegenüber kinderreichen Familien und gegenüber Menschen, die wirklich der Hilfe bedürfen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD hat Rot-Grün gewollt. Herr Rau hat entgegen seinen Versprechungen in den grünen Apfel gebissen.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Er hat wohl geschmeckt!)

- (B) Herr Clement ist Architekt und Baumeister dieser rot-grünen Stillstands-Koalition. Die Herren Rau und Clement sind verantwortlich für das rot-grüne Desaster in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mit Heinrich Heine schließen.

(Oh-Rufe bei der SPD)

- Ich finde das sehr schön; jetzt hören Sie nämlich zu!

(Weitere Zurufe von der SPD - Glocke)

Bei dessen Lektüre dachte ich an Sie beide, den Ministerpräsidenten im Vorruhestand und den Ministerpräsidenten im Wartestand.

(Roland Appel [GRÜNE]: Heine war ein Radikaldemokrat!)

Ich zitiere - hören Sie gut zu, Herr Appel -:

"Beim ersten Mal litt die Moral,
die Ehre dann beim zweiten Mal.
Das Land nahm Schaden beidema!"

(Anhaltend lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Matthiesen für die Fraktion der SPD das Wort.

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Oppositionsführer am Ende seiner Rede ankündigte, er wolle sie mit Heine schließen, habe ich gedacht: Nach 30 Minuten kommt jetzt endlich Niveau!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich bin ja nicht überrascht über das, was Sie gesagt haben; denn das war ja alles vorher in den Zeitungen angekündigt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ich habe überhaupt nichts angekündigt!)

Darin stand, daß Frau Thoben Sie wegen Ihrer erkennbar weichen Linie der letzten Zeit kritisiert hatte. Der Generalsekretär verkündete daraufhin unter Hinweis auf diesen weichen Kurs flugs den Kurswechsel in der NRW-CDU. Dann gab es Artikel über den "Schmusekurs im Hungerturm", Und: "Die NRW-CDU auf der Suche nach Stimmen, nach mehr Profil und einem starken Mann." Das gipfelte dann alles in der Ankündigung: "NRW-CDU schießt sich auf Clement ein." Genau so haben Sie es ja auch heute versucht, aber ich füge hinzu: nur versucht, viel Polemik, kaum Sachalternativen!

(Beifall bei der SPD)

Dann lese ich, daß selbst Ihr Stellvertreter, Herr Hegemann, süffisant, wie er sein kann, Ihnen in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Bemerkung, ob Ihre Strategie richtig sei und wie man die CDU aus dem tiefen Keller herausführen könne, in dem Sie sind, attestiert: Man tut ihm im Augenblick unrecht. Dann fügt er hinzu: Aber natürlich müssen wir uns in unserer Strategie etwas überlegen. Reul sagt dann noch: Wir müssen besser werden. - Recht hat er!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht erkennen können, daß Sie heute dazu einen Beitrag geleistet haben. Ich bleibe also dabei: viel Polemik, wenig Alternativen!

Meine Damen und Herren! Wir beraten in einer ernsten ökonomisch-sozialen Krisensituation einen Nachtragshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen, der sich entgegen der sonstigen Übung nicht damit beschäftigt, Mehrausgaben, die unabweisbar sind, parlamentarisch zu behandeln und abzuseg-

(Matthiesen [SPD])

- (A) nen, sondern der von uns nicht verschuldete gravierende Mindereinnahmen ausgleichen muß. Das ist ein neues Datum nicht nur in der Landesgeschichte, sondern kennzeichnet mittlerweile die fatalen Ergebnisse dieser Bonner Koalition, was die Bewegungsfreiheit der öffentlichen Haushalte anbetrifft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie, Herr Linssen, können hier abziehen, was Sie wollen. Dazu will ich gern sagen: Manches war, wie ich zugestehen muß, ganz flott formuliert. Rhetorisch sind Sie besser geworden gegenüber früher. Aber das hat ja nichts damit zu tun, daß Sie in der Sache überzeugender geworden wären.

(Beifall bei der SPD)

Eine Opposition muß in der Sache überzeugend sein!

Ausschlaggebend ist der finanzpolitische Wirrwarr in Bonn, den allein die Bundesregierung unter dem Bundeskanzler zu verantworten hat.

Die Steuerschätzung vom 15. Mai 1997 hat für Bund, Länder und Gemeinden Steuerausfälle von 118 Milliarden DM bis zum Jahr 2000 aufgedeckt. Gerade unser Finanzminister hat auf diese dramatische Entwicklung seit vielen, vielen Jahren hingewiesen. Diese dramatische Steuerschätzung bestätigt: Die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung unter dem Kanzler Kohl hat Deutschland in die schwerste ökonomisch-soziale und Finanzkrise der Geschichte geführt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Von dieser Tatsache versucht natürlich die CDU im Landtag abzulenken; aber die Menschen im Lande sind klüger, als Sie das hier wahrhaben wollen.

Ich sage ganz deutlich: Die Bonner Koalition ist mit ihrem Latein am Ende. Sie haben zwischendurch so süffisant gefragt: Was rettet unser Land? Dazu sage ich Ihnen ganz eindeutig: möglichst schnell eine handlungsfähige neue Bundesregierung, die die Arbeitsplatzschaffung an die Spitze ihres Tuns stellt!

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN - Hans Peter Lindlar [CDU]: Wer wird denn euer Kanzler?)

Die für Bund, Länder und Kommunen maßgeblichen Steuerschätzungen müssen ständig nach unten korrigiert werden. Kein Landesfinanzminister und

- (C) kein Gemeindekämmerer hat mehr eine verlässliche Prognosebasis, um Einnahmen und Ausgaben vernünftig planen zu können.

Die Prognose vom Mai 1995 für das Jahr 1997 hat die Steuereinnahmen des Staates auf 963 Milliarden DM taxiert. Schon bis zur Steuerschätzung im Mai des vergangenen Jahres hat dieser Betrag um 132 Milliarden DM nach unten korrigiert werden müssen. Allein in dem halben Jahr zwischen den Steuerschätzungen von Mai und November 1996 haben die Einnahmeerwartungen um weitere 10 Milliarden DM reduziert werden müssen.

Jetzt steht nach einem weiteren halben Jahr wieder eine Korrektur um 17,9 Milliarden DM nach unten für 1997 ins Haus. Für 1998 müssen die Einnahmeerwartungen um sage und schreibe 31,6 Milliarden DM und für 1999 um 35 Milliarden DM zurückgenommen werden.

Wie Sie die Stirn haben können, angesichts einer solchen desaströsen Finanzpolitik dieser Bonner Koalition hier den Eindruck erwecken zu wollen, wir hätten hausgemachte Probleme, das ist an politischer Polemik nicht mehr zu überbieten!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (D) Ursache für diese Verwerfungen - und das wissen Sie ja - sind die geschönten Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten des Bundeswirtschaftsministers, übrigens bekanntlich F.D.P. Dazu kommen die dramatischen Fehleinschätzungen des Bundesfinanzministers - bekanntlich CSU. Und das alles unter der Verantwortung eines Bundeskanzlers, dem die Dinge längst aus dem Ruder gelaufen sind - bekanntlich Parteivorsitzender der CDU. Dies, meine Damen und Herren, müssen wir in Erinnerung rufen, damit klar ist und bleibt, wo die Verantwortung für die katastrophale Entwicklung der finanz- und haushaltspolitischen Daten liegt.

Aufgrund der zu erwartenden Steuermindereinnahmen steht jetzt natürlich auch NRW vor der Notwendigkeit, im laufenden Haushalt des Landes 1,8 Milliarden DM einsparen zu müssen. Die Landesregierung hat dafür folgende Maßnahmen vorgeschlagen, die von der SPD-Fraktion voll mitgetragen werden:

- die Ausbringung einer globalen Minderausgabe in Höhe von 500 Millionen DM anteilmäßig über alle Einzelpläne,
- die Anpassung des Steuerverbundes um knapp 250 Millionen DM,

(Matthiesen [SPD])

- (A)
- die Reduzierung der Zinslasten um 550 Millionen DM,
 - die Kürzung der Personalausgaben um 150 Millionen DM,
 - weitere 30 Millionen DM werden im Haushalt bei einzelnen Haushaltstiteln eingespart.

Um die Schuldenaufnahme konstant zu halten, wird NRW weitere 500 Millionen DM durch den Verkauf von Landesvermögen mobilisieren. Im Gesetzentwurf für den Nachtrag sind für den Verkauf von Beteiligungen 300 Millionen DM veranschlagt. Bedeutende Beteiligungen sind genannt, bei denen wir uns von den Landesanteilen, soweit es vernünftig ist und es vernünftige Konditionen gibt, trennen wollen.

Ich will ausdrücklich sagen, Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, daß die SPD dem beabsichtigten Verkauf dieser Landesbeteiligungen zustimmt. Wir stimmen auch der Gründung einer Beteiligungsverwaltungsgesellschaft zu, die das Beteiligungsvermögen effizient verwalten und entsprechend den wirtschaftlichen Gegebenheiten veräußern soll.

- (B)
- Weitere 200 Millionen DM sollen aus der Abtretung von Forderungen erlöst werden. Dabei handelt es sich um Rückflüsse aus den Landesprogrammen, die auf Darlehensbasis beruhen.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt, daß keine zusätzlichen Schulden gemacht werden müssen. Die Nettokreditaufnahme des Landes liegt auch nach dieser schwierigen Operation deutlich unter dem durch die Verfassung gesetzten Limit. Damit ist sichergestellt, daß konsumtive Ausgaben nicht über Kredite finanziert werden.

Übrigens, verehrter Herr Oppositionsführer, wie ist das eigentlich mit Ihrer vollmundigen Erklärung, dieser von der Landesregierung vorgelegte und heute vom Parlament zu beschließende Nachtrag sei im Kern dem Verdacht unterlegen, verfassungswidrig zu sein? Was sollen solche Sprüche zur Verunsicherung der Öffentlichkeit, reine Agitation, wenn Sie anschließend nicht den Mut haben, in Form einer Eilentscheidung zum Verfassungsgerichtshof zu gehen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Ihre Worte ernst nehme, hätten Sie aus Protest an diesen Beratungen heute gar nicht teilnehmen dürfen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Dann hätten Sie ja wieder Spaß gehabt!)

- Sie hätten Spaß gehabt! Wir hätten Sie vorgeführt als das, was Sie sind: unverantwortliche Opposition.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nur, wenn Sie solche Töne hier - fast hätte ich gesagt "spucken" - von sich geben, dann müssen Sie, wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, auch sagen, ob Sie in Form einer Eilentscheidung nach Münster gehen. Wo ist dieser Gang nach Münster? Wenn er jetzt nicht vollzogen wird, dann nehmen Sie die Behauptung, dieser Haushalt sei in Teilen verfassungswidrig, heute noch zurück, wie sich das gehört!

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Beteiligungskapitalfonds machen Sie sich mal keine Gedanken. Wir haben sehr überlegt, ob wir schon beim Nachtrag in den Beteiligungskapitalfonds einsteigen sollen. Wir sind aber davon überzeugt, daß es noch weiterer konzeptioneller Überlegungen bedarf. Deshalb haben wir uns gebunden, daß wir spätestens mit der Realisierung des Haushalts 1998 einen solchen Beteiligungskapitalfonds NRW einrichten.

(Laurenz Meyer [CDU]: 4 Millionen, ja?)

- Das lassen Sie mal unsere Sorge sein! Aber wenn Sie "4 Millionen" dazwischenrufen, dann sage ich Ihnen deutlich: In welchem ordnungspolitischen Zustand sind Sie eigentlich, daß Sie nicht begreifen können, daß es im Landesinteresse liegen muß, zunächst einmal die privaten Kräfte im Land für eine sinnvolle Einrichtung zu mobilisieren und nicht mit einer staatlichen finanziellen Vorleistung zu agieren.

(Beifall bei der SPD - Laurenz Meyer [CDU]: Dann müssen Sie das auch draußen im Land erzählen!)

Mit dem Fonds wollen wir erreichen, daß die Möglichkeiten junger innovativer Technologieunternehmen zur Verbreiterung ihrer Eigenkapitalbasis verbessert werden. Und wir schaffen damit ein neues Instrument, das Existenzgründer und junge technologieorientierte Unternehmer mit Beteiligungskapital ausstattet. Das ist eine wichtige Ergänzung der vorhandenen Instrumente der Gründungsoffensive und der Innovationspolitik des Landes.

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) Der Beteiligungskapitalfonds, meine Damen und Herren, ist nicht gegen die Banken gerichtet. Er soll nach unserer Auffassung aber darauf hinwirken, daß Banken und Sparkassen mehr als bisher ihre Aufgabe auch darin sehen, jungen Existenzgründern, die ein neues Produkt mit innovativer Technik entwickelt haben und damit neue Arbeitsplätze schaffen werden, auf die Beine zu helfen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Bemühungen unseres Wirtschaftsministers, die nordrhein-westfälischen Banken und Sparkassen zur Mitwirkung am Beteiligungskapitalfonds einzuladen.

Also, hören Sie auf, hier den Eindruck zu erwecken, wir hätten uns von einem Versprechen verabschiedet! Davon kann überhaupt keine Rede sein. Alle Akteure in Nordrhein-Westfalen können sich darauf verlassen, daß spätestens mit dem Haushalt 1998 ein Beteiligungskapitalfonds in NRW eingerichtet wird.

(Beifall bei der SPD - Zurufe bei der CDU)

Was den Verkauf der Landesbeteiligung am Flughafen Düsseldorf anbetrifft, so wissen Sie, daß alles auf einem guten Weg ist. Der Verkauf der 50%igen Landesbeteiligung am Flughafen ist notwendig, weil das Land dem Flughafen nicht die Finanzmittel zur Verfügung stellen kann, die in absehbarer Zeit vorhanden sein müssen, um die durch die Brandkatastrophe zerstörten Terminals wieder aufzubauen und den heute schon absehbaren Bedarf modernster Abfertigungseinrichtungen zu verwirklichen.

(Heinz Hardt [CDU]: Das bauen wir ja jetzt!)

Ich mache noch einmal deutlich, daß wir den Düsseldorfer Flughafen nicht zum Regionalflughafen verkommen lassen werden, sondern daß er ein leistungsfähiger interkontinentaler Flughafen werden muß. Nur derjenige darf den Zuschlag zum Kauf erhalten, der sich diesem strategischen Ziel des Landes verpflichtet weiß und das auch deutlich macht.

(Christian Michael Weisbrich [CDU]: Ohne Mitbestimmung!)

Was Ihre Attacken gegen zwei Ressorts hinsichtlich der Genehmigungsverfahren von Garzweiler II anbetrifft, so will ich nur noch soviel sagen: Ich rate noch einmal unmißverständlich allen Beteiligten - ich betone das Wort "allen" -, sich nach den höchstrichterlichen abschließenden Urteilen in Münster ausschließlich an der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD verabschiedeten Resolution des Landtags zu orientieren, in der wörtlich steht, daß die jetzt laufenden Genehmi-

gungsverfahren sorgfältig und zügig nach Recht und Gesetz und ohne politische Einflußnahme abzuwickeln sind. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Deshalb sage ich: Alle haben sich daran zu orientieren, und es darf nicht der Versuch gemacht werden, Beamte für politische Absichten irgendwelcher Art zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD)

Nach Recht und Gesetz!

Ich sage das deshalb heute noch einmal so eindringlich, weil es mir dabei nicht nur um das Verfahren für Garzweiler II geht; mir geht es vielmehr um den Grundsatz, und der Grundsatz lautet in einem mörderischen Standortwettbewerb, in dem sich Nordrhein-Westfalen befindet, daß wir jede Irritation über die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit von Regierungs- und Verwaltungshandeln zu unterlassen haben, weil Verlässlichkeit heute eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für Investitionen, Arbeitsplätze und damit für die Zukunft unseres Landes darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist als Industrie- und Dienstleistungsstandort und als wichtigster deutscher Außenhandelsplatz elementar von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesebene abhängig, für die die Bonner Koalitionsparteien die Verantwortung tragen. Nordrhein-Westfalen tut zwar alles in seinen Kräften Stehende, um die Versäumnisse der Bundesregierung und deren Auswirkungen auf unser Land und auf die Menschen, die hier leben, zu kompensieren. Aber es ist klar: Uns sind bei diesen Bemühungen Grenzen gesetzt. (D)

Aber ich frage uns einmal und will das bewußt in dieser Debatte tun: Wie stünden wir da, wenn wir die Mittel hier im Land verwenden könnten, die Nordrhein-Westfalen in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlt? Im Jahr 1997 wird Nordrhein-Westfalen voraussichtlich 9 Milliarden DM zur Finanzierung des Gesamtstaats beitragen.

Bereits bei der Aussprache hier im Landtag am 13. März 1997 über die Einigung mit der Bundesregierung über die künftige Finanzierung der Steinkohle habe ich darauf hingewiesen, daß der bundesstaatliche Finanzausgleich auf den juristischen

(Matthiesen [SPD])

- (A) Prüfstand gehört. Ich bleibe bei dieser Auffassung und wiederhole sie heute. Es kann nicht angehen, und es ist auch keinem Bürger unseres Landes mehr zu erklären, daß Nordrhein-Westfalen, gemessen an der Finanzkraft, auf Platz 5 der Rangskala der Länder steht, aber am Ende des Finanzausgleichsmechanismus nur noch auf Platz 16. Das kann nicht richtig sein

(Beifall bei der SPD)

und ist zumindest nach meiner Auffassung nicht mehr grundgesetzkonform.

Ich habe deshalb bereits am 13. März 1997 die Landesregierung um juristische und politische Prüfung dieses Sachverhaltes gebeten. Ich erinnere, daß damals Ministerpräsident und Finanzminister das ausdrücklich konstruktiv aufgenommen und auch eine Prüfung zugesagt haben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wie weit sind die denn?)

- Das Ergebnis der Prüfung kenne ich nicht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sprechen Sie nicht miteinander?)

- (B) Ich weiß auch, daß es politisch verdammt schwer, möglicherweise sogar unmöglich ist, die Mechanismen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zu verändern. Trotzdem bleibe ich dabei: Wenn Nordrhein-Westfalen nach Wirksamwerden der Ausgleichsmechanismen nur noch auf Platz 16 steht, vor Einsetzen des Finanzausgleichs aber auf Platz 5, dann sehe ich im Interesse der Handlungsfähigkeit unseres Landes akuten Änderungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Damit auch hier keine Mißverständnisse entstehen: Nordrhein-Westfalen war immer ein Land, das sich durch Solidarität nach innen und Solidarität nach außen ausgezeichnet hat, und dabei soll es bleiben. Aber ich wiederhole: Kein Bürger unseres Landes wird auf Dauer akzeptieren können, daß wir zwar auf der einen Seite soviel leisten, auf der anderen Seite aber dann mit den Lasten aus der Bewältigung des Strukturwandels und der von der Bundesregierung zu verantwortenden Massenarbeitslosigkeit einseitig belastet werden. Diese Belastung überfordert unsere Möglichkeiten und übersteigt unsere Kräfte.

Was notwendig ist - und dazu war von Ihnen kein Wort zu hören, was zeigt, wie ausschnittartig Sie eine solche Debatte wahrnehmen oder, was ich unterstelle, wahrnehmen wollen -: Es geht ins-

gesamt in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch bei uns um die Bewältigung der schwersten ökonomischen und sozialen Krise, und praktisch geht es um die Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände, die ihnen mittlerweile völlig abhanden gekommen ist, vor allem auf der kommunalen Ebene.

Ich bleibe dabei, daß wir, wenn wir dem Land insgesamt eine gute Zukunft geben wollen - und das geht weit über Nordrhein-Westfalen hinaus -, eine große nationale Kraftanstrengung benötigen, die diesen Strukturwandel gestaltet. Dabei müssen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft verteidigt werden; denn sie sind ein hohes Gut.

An dieser Stelle, verehrter Oppositionsführer: Ihre Attacke auf den Arbeits- und Sozialminister! Wie kommen Sie eigentlich dazu, ihn ungerechtfertigt so frontal anzunehmen, wenn Sie an der Seite einer Bundesregierung mit Norbert Blüm stehen, deren Markenzeichen mittlerweile die soziale Demontage in der Bundesrepublik Deutschland ist?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will aber sagen, daß sozialer Frieden und gesellschaftliche Stabilität in Deutschland auch nicht zu unterschätzende Standortfaktoren sind. Deshalb müssen wir, wenn wir über Strukturwandel reden, dies mitbedenken. Aber das heißt auch, daß wir unser Sozialsystem umgestalten müssen. Denn auf Dauer kann eine Entwicklung nicht gutgehen, wo uns auf der einen Seite die Erwerbsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes ausbleibt, auf der anderen Seite immer mehr Menschen nach Erwerbsarbeit nachfragen, wir in unserem kollektiven Sicherungssystemen immer weniger Beitragszahler haben und diese kollektiven Sicherungssysteme immer mehr für immer längere Bezugszeiten oder Notwendigkeiten durch eine neu entstehende Armut finanzieren müssen. Eine solche Entwicklung muß gegen die Wand führen, und Ihre Bundesregierung hat uns unmittelbar vor die Wand gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Strukturwandel braucht auch Innovationen. Innovationen brauchen Mut. Nicht der Ängstliche wird den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Deshalb brauchen wir ein anderes Klima in der Standortdiskussion, eine Bewältigung der Kostenkrise.

Die wichtigste Aufgabe - das hat sich doch herumgesprochen - ist die Senkung der Lohnnebenkosten.

(Matthiesen [SPD])

- (A) Wenn es überhaupt einen strategischen Punkt gibt, dann ist es der, wenn wir den Exodus vor allen Dingen der industriellen Arbeitsplätze aus unserem Land heraus stoppen wollen. Wir haben allein in Nordrhein-Westfalen, wenn wir dieses Jahr mitrechnen und die Statistik bereinigt haben, möglicherweise in den letzten fünf Jahren 600 000 industrielle Arbeitsplätze verloren; Monat für Monat zwischen 8 000 und 12 000. Das ist eine Dramatik ohnegleichen! Darüber zu reden, Herr Oppositionsführer, wäre Ihre Aufgabe gewesen, wenn Sie wirklich eine Politik der Alternative verkörpern wollen anstatt einer Politik der bloßen und blinden Polemik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit als Industrie- und Wirtschaftsstandort erhalten wollen, dann müssen wir zu einer drastischen Senkung der Lohnnebenkosten kommen, weil sonst dieser Abwanderungsprozeß, von dem ich sprach, mit schrecklichen Konsequenzen weitergehen wird. Im übrigen hat die Bevölkerung längst begriffen, daß das einer der zentralen Punkte ist.

- (B) Ich will einen zweiten nennen. Ein weiterer strategischer Punkt ist die Forschungs- und Technologiepolitik. Ich habe große Sorge, daß nach der Abwanderungswelle der industriellen Arbeitsplätze jetzt sozusagen eine zweite Welle kommt, nämlich die Abwanderung von Forschungskapazitäten. Deshalb brauchen wir in der Bundesrepublik und auch in Nordrhein-Westfalen eine zusätzliche Anstrengung zur massiven Forschungs- und Technologieförderung auf allen Gebieten.

Damit muß, weil wir über den Rohstoff Wissen verfügen, der in Zukunft strategisch immer bedeutender wird, einhergehen, daß die Qualität von Unterricht und Lehre verbessert werden muß. Die berufliche Aus- und Weiterbildung muß zukunftsorientiert gestaltet werden. Existenzgründungen und kleine und mittlere Betriebe müssen massiv gefördert werden. Die Dienstleistungen müssen systematisch aktiviert und entwickelt werden. Und was für die Wirtschaft gilt, das - dies sage ich in aller Deutlichkeit - muß auch für den Staat gelten: Der Staat hat sich ebenfalls in diesem Strukturwandelprozeß zu modernisieren.

Innovationen sind auch und vor allem das Ergebnis guter Qualifikationen. Wir stehen in einem internationalen Innovationswettbewerb. Unser bisheriger Vorteil in diesem Wettbewerb war der Rohstoff Wissen. In vielen Innovationsfeldern haben wir diesen Wissensvorsprung gegenüber wichtigen Wett-

- (C) bewerbern verloren oder sind dabei, ihn zu verlieren, oder andere haben mit uns gleichgezogen. Deutschland und Nordrhein-Westfalen, wenn sie High-Tech-Land bleiben wollen, müssen hinsichtlich dieser Innovationen und Innovationsbereitschaften ausgebaut werden.

Deshalb hat das Bildungssystem in der Zukunft in all seinen Ausprägungen eine ganz neue gesellschaftliche Qualität und Dimension bei der strategischen Bewältigung des vor uns stehenden Strukturwandels.

(Beifall bei der SPD)

Hochschulausbildung, duales Berufsausbildungssystem, Qualifizierung und Weiterbildung bilden nach meiner Überzeugung neben anderen Faktoren das Fundament für die Zukunfts- und Standortsicherung Deutschlands. Wenn wir das nicht ernst nehmen, werden wir in schlimmer Weise von der Entwicklung eingeholt und werden dafür zu büßen haben.

Dies, meine Damen und Herren, sind die Themen, um die es wirklich geht und in die eingeordnet der Nachtragshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen gesehen, gewichtet und diskutiert werden muß aber nicht so, wie der Oppositionsführer meint es tun zu können, indem er das Ganze auf ein paar flotte Formulierungen und billige Polemik verkürzt.

(D) Ich will nur noch einmal sagen, daß diese Koalition aus BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, die Sie hier in einer Art und Weise qualifiziert haben, die kaum noch steigerungsfähig ist, im Gegensatz - ob es Ihnen paßt oder nicht - zur Bonner Koalition ohne Streit und zügig und mit klaren Konturen einen Nachtragshaushalt eingebracht hat und heute auch gegen Ihren Willen verabschiedet wird.

(Beifall bei der SPD)

Damit demonstrieren wir etwas, wovon ich ausgehe, daß Sie uns das auch im nächsten Jahr nicht attestieren werden und das ich ganz simpel "Handlungsfähigkeit" nenne. Das, was wir hier bei uns haben, das würde ich mir - man ist ja bescheiden - nur in Ansätzen in der Bonner Koalition vorstellen und wünschen. Dann wäre manches in der Republik klarer.

(Beifall bei der SPD)

Nun ein letztes Wort, weil Sie es natürlich auch in Ihrer Rede nicht versäumt haben, unqualifizierte Angriffe nicht nur gegen den Arbeits- und Sozialminister - dazu habe ich Stellung genommen -

(Matthiesen [SPD])

- (A) sondern auch an unseren Ministerpräsidenten und an Wolfgang Clement zu richten. Ich beantworte das mit ganz wenigen Bemerkungen.

Verehrter Herr Oppositionsführer, wir haben in Nordrhein-Westfalen mit Johannes Rau einen hervorragenden Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD - Zahlreiche Zurufe von der CDU)

Verehrter Herr Oppositionsführer, wenn der Zeitpunkt da ist - und den bestimmen nicht Sie -,

(Zurufe von der CDU: Ihr aber auch nicht!)

dann werden wir einen hervorragenden neuen Ministerpräsidenten bekommen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Wie heißt er denn?)

Und das dritte - das mag kein Trost für Sie sein, charakterisiert aber Ihre Rolle -: Sie, verehrter Herr Kollege, werden in diesem Lande Nordrhein-Westfalen niemals Ministerpräsident! So ist die Lage, und das ist die Wahrheit!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Appel das Wort.

Roland Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre Zwischenrufe dahinten von den Rängen, die prägen ja sehr stark das Niveau auch Ihrer Fraktionsarbeit.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Nachtragshaushalte sind in den letzten Jahren - das gilt insbesondere für die letzten beiden Jahre - kein Anlaß für das Parlament, Freudentänze zu vollführen. Zum wiederholten Male ist die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen infolge der chaotischen Finanzpolitik des Bundes kritisch, wächst das zu kompensierende Einnahmedefizit dramatisch.

Nordrhein-Westfalen befindet sich inmitten eines wirtschaftlichen Strukturwandels, der uns, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, in der Koalitionsregierung alle Anstrengungen auferlegt, um dazu beizutragen, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(C)

Dabei werden wir massiv - Herr Linssen, hören Sie zu - von Bonn behindert, ja wird die Politik aller Landesregierungen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, konterkariert von den finanzpolitischen Krisen, die uns Bundesfinanzminister Waigel ein um das andere Mal beschert, seitdem er in diesem Amt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei dümpelt diese Bundesregierung in einer Krise vor sich hin, die bewirkt, daß niemand mehr in Arbeitsplätze investiert, daß nur noch rationalisiert wird, weil keiner mehr weiß, wie morgen die Rahmenbedingungen aussehen werden; weil niemand mehr dieser Bundesregierung zutraut, die anstehenden Probleme der öffentlichen Haushalte, der fortschreitenden Umweltzerstörung, der Altersversorgung, des Gesundheitssystems und allen voran der Arbeitslosigkeit auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Während die rot-grüne Landesregierung mit dem Programm "Arbeit und Umwelt", mit Gründungsoffensiven, mit REN-Programm und Mitteln aus der Abwasserabgabe zukunftsfähige Investitionen fördert

(Beifall bei den GRÜNEN)

und einen wichtigen Schritt zugunsten ökologisch tragfähiger neuer Arbeitsplätze geht und mit diesem Nachtragshaushalt, Herr Linssen, das meiste davon sichert, streitet die Bundesregierung im Kampf um weitere Steuergeschenke und Kürzungen von Sozialleistungen bis zu ihrem Zerreißen.

(D)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Während die rot-grüne Koalition in Düsseldorf ihre Leistungen für sozial Schwache mit einer Erweiterung der Projekte "Arbeit statt Sozialhilfe", soziale Betriebe im Haushalt 1997 verstärkt hat, setzt Helmut Kohl seine Politik zur Bekämpfung der Armen anstatt der Armut und seinen Kurs zur Bereicherung der Reichen fort. Während wir heute einen Nachtragshaushalt verabschieden, mit dem viele Projekte gesichert werden, bei denen nicht mit der Subventionsgießkanne, sondern mit hoher Effektivität Arbeitsplätze und soziale Maßnahmen gesichert werden, verunglimpfen Sie, Herr Dr. Linssen, das als grüne Spielwiesen. Ich finde, nichts macht deutlicher, womit Sie sich in den vergangenen Tagen hier wieder eingelassen haben, daß Ihre Politik Seite an Seite mit dem Trauerspiel der Chaostruppe in Bonn zu sehen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Appel [GRÜNE])

- (A) Wissen Sie, Herr Linssen, mit dem Affenzirkus, den Sie hier heute morgen abgezogen haben, knüpfen Sie eigentlich völlig nahtlos an das Theater im Herbst vergangenen Jahres an, wo Sie hier erst in der ersten Lesung große Reden geschwungen, dann die Mühe der Facharbeit in den Ausschüssen vor der zweiten Lesung gescheut haben, um sich dann am Ende zu beschweren, daß Sie nicht zum Zuge gekommen sind.

Ich muß eine Frage aufwerfen, Herr Linssen. Als Sie heute morgen so stark auf die Qualität der Personalentscheidungen dieser Landesregierung abgehoben haben, ist mir eingefallen, daß Sie auch in den Verwaltungsrat der WestLB entsandt worden sind.

(Hört! Hört! bei den GRÜNEN)

Mir sind heute morgen erhebliche Zweifel gekommen, ob da eine wirklich qualifizierte Entscheidung getroffen worden ist.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (B) Aber lassen Sie mich zu den Rahmenbedingungen kommen, unter denen wir diesen Nachtragshaushalt beraten müssen. Nach der Steuerschätzung vom Mai 1997 fehlen den Ländern gegenüber November des letzten Jahres 7,6 Milliarden DM. Davon entfallen 1,75 Milliarden DM auf unser Land. Im nächsten Jahr wird die zu erwartende Lücke noch größer. Den Ländern fehlen dann 13,1 Milliarden DM. 1999 sind es gar 16 Milliarden. Ausfälle, die Bund und Gemeinden haben, lasse ich dabei außen vor. Die würden die Lücke noch wesentlich erweitern.

Das bedeutet schon jetzt, daß wir 1998 für den Landshaushalt mit einem Finanzloch von bis zu 3,2 Milliarden DM rechnen müssen, falls die Arbeitslosenzahl nicht noch weiter steigt und die Bundesregierung es überhaupt schafft, ihren Haushalt auszugleichen, woran meines Erachtens erhebliche Zweifel angebracht sind.

Von der CDU in Düsseldorf und in Bonn hören wir deshalb immer wieder, daß der Staat sparen müsse. Das ist nur die halbe Wahrheit, Herr Linssen. Denn für den Eurofighter und massive Subventionen eines völlig absurden Verkehrsprojekts wie den Transrapid soll es trotz knapper Mittel reichen. Dafür werden den Flüchtlingen mal schnell 20 % der Leistungen gekürzt. Folglich geht es Ihnen auch bei der von Ihnen betriebenen Standortschelte gar nicht darum, wirklich Impulse zu geben, sondern nur darum, mit Ihrer Umverteilungspolitik weiterzumachen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(C)

Dabei geht es Teilen der Wirtschaft gar nicht so schlecht. Von rund 350 Milliarden DM - hören Sie zu: 350 Milliarden DM! - der Nettogeldvermögen 1993 ist das Nettogeldvermögen in Deutschland 1996 auf über 700 Milliarden DM angewachsen, also eine Verdoppelung. Nein, es stimmt nicht, daß der Staat sparen muß, weil kein Geld da ist; sondern Bund und Länder und Gemeinden fahren ihre Transferleistungen vor allen Dingen zu Lasten der sozial Schwachen der Gesellschaft zurück, weil das Geld in den falschen privaten Händen angehäuft ist. So ist der Tatbestand richtig beschrieben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die Abschaffung der Vermögensteuer hat diesen Trend noch beschleunigt.

Die Einkommensteuer, deren Ausfälle die Hauptursache unserer derzeitigen Finanzkrise sind, befindet sich, um Finanzminister Schleußer zu zitieren, im freien Fall. Ihr Anteil am Steueraufkommen ist von 10,5 % auf 2,8 % abgestürzt. Die Körperschaftsteuer sank im gleichen Zeitraum von 4,7 % auf 2,2 %. Der Anteil der Gewerbesteuer ist von 6,6 % auf 5,3 % gesunken.

Nein, wir sind in dieser Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, weil die Umverteilungspolitik von Kohl und Kompanie seit 15 Jahren die Trockenlegung der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Hand betreibt, in dem sie Steuern senken, Abschreibungen erleichtern und Schlupflöcher für Besserverdienende aufeinanderhäufen und die Entsolidarisierung der Gesellschaft dabei noch weiter treiben,

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

auf die Spitze treiben.

Der Gedanke des Sozialstaatsprinzips aus Artikel 20 des Grundgesetzes, daß der Stärkere etwas abgibt, um die Schwächeren zu unterstützen, ist durch 15 Jahre Kohl-Regierung faktisch ad absurdum geführt worden; denn den Löwenanteil der Transferleistungen bringen heute die gering Verdienenden und die mittleren Einkommensschichten auf.

Die Haushaltslöcher der letzten Jahre dagegen nenne ich Ihnen Schlag auf Schlag. Fehlbetrag im Herbst 1995: 61 Milliarden DM. Waigel dazu: Die Einnahmeverluste stellen die öffentlichen Finanzen nicht in Frage. - Fehlbetrag im Mai 1996:

(Appel [GRÜNE])

- (A) 88 Milliarden DM. Waigel: Keine neue Lage. - Fehlbestand im Herbst 1996: 15 Milliarden DM. Waigel: Die Länder müssen ihre Haushalte konsolidieren. - Angesichts der Lage der Umverteilung eine Unverschämtheit! Fehlbestand im Mai 1997: 18 Milliarden DM. Davon entfallen 7,6 Milliarden DM auf die Länder. Fehlbestände in den nächsten Jahren: 1998 31,6 Milliarden und 1999 35,0 Milliarden DM. Und so weiter und so weiter!

Ich sage Ihnen: Das ist die Fortsetzung des Finanzchaos mit anderen Mitteln. Das muß in diesem Land ein Ende haben, sonst werden wir es nicht mehr schaffen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was ist aber die aktuelle Situation in Bonn? Gestern und heute können ja die Bürgerinnen und Bürger teilweise an den Bildschirmen, teilweise vor Ort verfolgen, was in Bonn passiert. Bei dieser Bundesregierung weiß niemand mehr, woran er eigentlich ist. Keiner weiß, ob die Mehrwertsteuer erhöht wird, ob die Mineralölsteuer steigt, ob die Feiertags- und Nachtzuschläge weggesteuert werden, wie es jetzt geschieht, ob eine höhere Rentenbesteuerung erfolgt, ob Kürzungen von Versorgungsleistungen erfolgen. Keiner weiß Bescheid. Dazu jede Menge Notverkäufe, Kürzungen von Sozialhilfe und beim Asylbewerberleistungsgesetz und, um allem die Krone aufzusetzen, die Umbewertung der Goldreserven der Bundesbank.

(B)

Eines ist in dieser Krise deutlich geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wer wie Herr Waigel mit Tricks nominelle Buchungsgewinne aus der Höherbewertung von Goldreserven ernsthaft als Einnahme verbuchen will, wer das macht - das ist schon einzigartig -, der schreckt vor anderen unseriösen Manövern nicht zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist schon erstaunenswert, wie Märchenonkel Theo in wenigen Tagen das Ansehen der deutschen Währungs- und Finanzpolitik ruinieren konnte, an dem seit Ludwig Erhard, Karl Schiller oder Helmut Schmidt an den internationalen Devisenbörsen niemand zu zweifeln gewagt hat. Und daß Sie, Herr Linssen - jetzt hat er sich wieder verzogen -, diese Operation vor zwei Wochen auch noch öffentlich verteidigt haben, das spricht nun wahrlich

(C) nicht für den Weitblick der Oppositionspolitik in Düsseldorf.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Angesichts der gegenwärtigen Finanzlage von Bund und Ländern, angesichts der Steuerschätzungen von April und Mai dieses Jahres können einem schon die Tränen kommen bei den Folgen von Mißwirtschaft, finanzpolitischer Schlamperei von Herrn Waigel und den Verbiegungen vor dem komatösen Koalitionspartner von der Partei der Besserverdienenden. Die gegenwärtige Krise der Haushalte von Bund und Ländern, die uns mit 1,7 Milliarden DM trifft, ist die direkte Folge der Stümperei eines Bundesfinanzministers, der immer wieder verspricht, daß die Haushalte konsolidiert und Steuern gesenkt werden, und anschließend von Haushaltsloch zu Haushaltsloch stolpert.

Früher hat man ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeitspanne zwischen der Verabschiedung eines Bundeshaushaltes und dem Auftauchen eines Haushaltslochs in normalen Zeiten bemessen, also zum Beispiel in Monaten oder in Wochen. Die Zeitspanne zwischen diesen Phänomenen bezeichnet man inzwischen mit der Einheit "ein Waigel".

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Die Zeiteinheit wiederum, in der die Bundeskoalition - trotz offensichtlicher Finanzlücken natürlich - Steuersenkungen oder Steuerstreichungen, zum Beispiel die Streichung des Solidaritätszuschlages, verspricht, bis dann die F.D.P. einknickt, nennt man "ein Westerwelle".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt "ein Waigel" und "ein Westerwelle" addieren - und dazu gibt es ja eine empirische Beobachtung, daß die Abstände immer kürzer werden, in denen "ein Waigel" und "ein Westerwelle" aufeinander folgen -, was bedeutet, daß eine weitere Verschuldung des Bundes entsteht, weitere Belastungen auf die Länder abgewälzt werden und am Ende die kleinen Leute zur Kasse gebeten werden - wissen Sie, wie man das nennt? Das ist das "Kohlsche Gesetz".

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich meine, wir sollten dieser Bundesregierung die Möglichkeit geben, mit diesem "Kohlschen Gesetz" in die Geschichte einzugehen. Aber ich sage dazu: Wir sollten lieber heute als morgen mit dieser Veranstaltung, mit dieser traurigen Vorstellung in Bonn aufhören.

(Appel [GRÜNE])

- (A) Die Befreiung von der bleiernen Regierungszeit des Herrn Kohl ist das einzig aussichtsreiche Mittel, um die öffentlichen Haushalte wieder konsolidierbar zu machen. Wir müssen eine Einkommensteuerreform durchführen, wir müssen ökologisches Wirtschaften belohnen und unökologisches Wirtschaften besteuern. Wir müssen ehrliche Verhältnisse über die wirklichen Kosten der deutschen Einheit herstellen, und wir müssen die Lohnnebenkosten und die Sozialkassen endlich entlasten.

Während die bleierne Zeit in Bonn andauert, macht die Koalition von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD in Düsseldorf noch vor der Sommerpause mit der Verabschiedung dieses Nachtragshaushalts deutlich, daß wir auch diese Krise gemeistert haben. Dieser Nachtragshaushalt ist nämlich nach der Kohlekrise, in der Helmut Kohl sein Wort gegenüber den Beschäftigten in der Steinkohle gebrochen und dem Land weitere Lasten diktiert hat, und nach dem Versuch der feindlichen Übernahme von Thyssen durch Krupp-Hoesch die dritte schwerwiegende Krise, die diese Koalition allen Unkenrufen und Anfeindungen zum Trotz gut hinter sich gebracht hat.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (B) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bewußt auf eine schnelle Verabschiedung des Nachtrags gedrängt, denn eine Haushaltssperre über den Sommer hätte viele wichtige soziale und arbeitsplatzrelevante Projekte in Frage gestellt: von der Meistergründungsprämie bis zu den Drogenhilfen, von Investitionen in Rad-Schiene-Technik und in Eisenbahnstrecken bis zu den Regionalstellen "Frau und Beruf", vom REN-Programm bis zum Täter-Opfer-Ausgleich.

Dabei sind für uns die einzelnen Komponenten des Nachtragshaushalts keine einfachen Brocken. Auch wir meinen, daß die zu erbringenden 500 Millionen DM in Form globaler Minderausgaben keine leichte Aufgabe für die Ministerinnen und Minister sind, besonders nicht für Sozialminister Horstmann und Wirtschaftsminister Clement. Wir werden den Prozeß der Umsetzung begleiten und erwarten, daß Maßnahmen für Erwerbslose oder von Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen nicht gekürzt werden. Dabei sind uns auch der Landesaltenplan und die Mittel für die Jugendhilfe besonders wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, daß die investiven Maßnahmen des Wirtschaftsministers, insbesondere dort, wo es um ökologisch nachhaltig wirksame

Investitionen geht, wie bei erneuerbaren Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, öffentlichem Nahverkehr, Güterschienenverkehr und Ausbildungsförderung, gehalten werden. Wir ermuntern Sie, Herr Clement, die vorhandenen Einsparspielräume beim Landesstraßenneubau zu nutzen. Hier ist jede Mark, die eingespart wird, ein echter ökologischer Gewinn.

Es ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht einfach gewesen, zuzustimmen, daß mit der Kürzung von 250 Millionen DM neue Lasten auf die Gemeinden zukommen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

von denen schon viele unter Haushaltssicherungskonzepten leben. Um überhaupt noch Spielräume für zukünftige Haushalte zu haben, haben wir die Zweckzuweisungen um 5 % gekürzt und auch die Schlüsselzuweisungen zurückgefahren. Dabei wissen wir, daß es in Zukunft für die Gemeinden noch enger wird, aber wir werden das hier nicht unter den Teppich kehren. Deshalb will ich auch Roß und Reiter nennen. Wenn in der nächsten Zeit wieder Schwimmbäder, Kultureinrichtungen, Jugendhäuser und Freizeitheime geschlossen werden müssen, dann ist das nur ein Vorspiel auf die Sparzwänge, die noch auf die Gemeinden zukommen.

1998 - im Jahr der Bundestagswahl - werden den Gemeinden schon 112 Millionen DM fehlen. Das ist schlimm. Aber im Jahr 1999 werden es, wenn es nach den Plänen von Helmut Kohl und seiner Bundesregierung geht, sage und schreibe 2,6 Milliarden DM sein.

Diese Einbrüche erfolgen nicht auf Landesebene, sondern aufgrund der Steuerrechtsänderungen dieser Bundesregierung. Sie versucht sich ebenso aus der Verantwortung zu stehlen, wie sie Land und Gemeinden bei der Finanzierung der Bürgerkriegsflüchtlinge seit Jahren im Stich gelassen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kohl handelt nach dem Prinzip: Rette sich, wer kann! Er wird auch mit den Steuergeschenken, die er jetzt für 1999 verspricht, den Menschen noch mehr Lasten auferlegen.

Durch das derzeit günstige Zinsniveau und günstige Tarifabschlüsse können wir in diesem Haushalt zusammen mit Einsparungen im Personalbereich etwa 700 Millionen DM erwirtschaften.

Ich komme zum letzten Punkt der Einnahmeliste dieses Nachtragshaushaltes: zur Veräußerung von Landesbeteiligungen. Mit diesem Nachtragshaus-

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

- (A) halt werden die Anteile an den Flughäfen Düsseldorf und Köln, die Landesentwicklungsgesellschaft, Beteiligungen an Messen und am Hafen Düsseldorf in eine Beteiligungsgesellschaft eingebracht, was eine Verkaufsoption eröffnet.

Eine Entscheidung über wichtige Verkäufe wird, wenn sie ansteht, von der Koalition im Kabinett getroffen, wobei schwerwiegende Bedenken eines Koalitionspartners zum Scheitern führen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Was? Zum Scheitern führen? Ich habe wohl nicht richtig gehört!)

SPD und GRÜNE hatten bereits in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, Landesbeteiligungen zu veräußern, sofern ihnen nicht eine besondere strukturpolitische Bedeutung zukommt.

- Nun regen Sie sich mal nicht auf, Herr Matthiesen.

(Zuruf des Klaus Matthiesen [SPD])

- Sie haben offensichtlich richtig zugehört!

- (B) Nun hat es in jüngster Zeit eine offene Diskussion in der Koalition und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Sinnhaftigkeit der Privatisierung oder Teilprivatisierung von Flughäfen, insbesondere des Flughafens Düsseldorf, gegeben. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Privatisierung dabei insofern eine Rolle gespielt, als sie von der Partei als geeignet angesehen wurde, die zügellose Expansion eines Flughafens und einer Startbahnverlängerung in Düsseldorf zu verhindern. Ob jedoch die Frage der Eigentumsverhältnisse im konkreten Fall Düsseldorf unter den derzeitigen Bedingungen geeignet ist, diese Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu erreichen, darüber kann man wirklich streiten. Diesen Streit haben die GRÜNEN offen ausgetragen und entschieden. Das unterscheidet uns übrigens von anderen, die das im Hinterzimmer machen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

daß wir öffentlich und offen miteinander umgehen und nicht irgendwo etwas ausmauscheln.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Darf ich denn auch einmal dabei sein?)

- Sie sind herzlich eingeladen, Herr Matthiesen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ich komme darauf zurück!)

(C) Gegen die Startbahnverlängerung sprechen aber noch andere Gründe, allen voran rechtsstaatliche, juristische Gründe: der Angerlandvergleich. Ich möchte angesichts der jüngsten Entscheidung des Düsseldorfer Flughafenaufsichtsrates meine Zweifel anmelden, ob die Weisheit eines solchen Entscheidungsgremiums immer unbedingt allein von den Eigentumsverhältnissen abhängig ist.

Daß die GRÜNEN den Luftverkehr im Interesse des Schutzes der Erdatmosphäre und des Lärmschutzes der Anwohner nicht weiter subventionieren wollen, das kommt bereits in der Passage des Koalitionsvertrages zum Ausdruck, die weitere Landesmittel für den Flughafenausbau verneint. Deshalb wird die Koalition auch keine Mark für den Wiederaufbau des Düsseldorfer Flughafens aufbringen.

Daß die Koalitionsparteien in der Luftverkehrspolitik von unterschiedlichen Positionen ausgehen, hat nun wirklich keinen Neuigkeitswert. Die GRÜNEN sind der festen Überzeugung, daß angesichts langfristig steigender Kerosinpreise und knapper werdender Ressourcen Flugverkehr in Zukunft mehr ökologische, aber auch ökonomische Nachteile haben wird.

(D) Kurzfristig steht aber jetzt die Entscheidung an, ob die Kaufinteressenten für den Düsseldorfer Flughafen ein Konzept vertreten, das Synergieeffekte durch die Kooperation von Flughäfen unter Einbeziehung der Bahn nutzt, oder ob eine rigorose Expansionspolitik des Flughafens Düsseldorf betrieben werden soll, die der unrealistischen Vorstellung nachhängt, einen mittelgroßen Charterflughafen in die Oberliga der internationalen Luftkreuze zu puschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen deshalb sehr wohl die strategische Bedeutung der bevorstehenden Entscheidungen über Kaufinteressenten. Wir werden überall dort, wo das Land als Aufsichtsbehörde tätig werden kann, für die Umsetzung unserer luftverkehrsdämpfenden Maßnahmen weiterkämpfen.

Wir werden aber nicht auf das demokratietheoretische Indianerspiel der CDU hereinfallen, uns hier mit einem Rückholantrag der formalen Verkaufsentscheidung in den Haushaltsausschuß ködern zu wollen, wie das Herr Linssen vorhin gemacht hat - jetzt ist er wieder nicht da -, um uns dann anschließend großkoalitionär, wie das schon einmal im Verkehrsausschuß passiert ist, mit Startbahnverlängerung und Veräußerung skalpieren zu wollen. Das ist ein sehr durchsichtiges taktisches

(Appel [GRÜNE])

- (A) Manöver. Da müßt Ihr früher aufstehen, Old Linsen!

Insgesamt legt die rot-grüne Koalition heute einen Nachtragshaushalt vor, der im Rahmen des haushaltspolitisch Machbaren einen tragfähigen Kompromiß zur Sicherung reformpolitischer Maßnahmen unter dem Diktat der Bonner Krisenkoalition und des von ihr verschuldeten öffentlichen Finanzdesasters darstellt. Die Koalition wird sich nicht damit zufriedengeben, sondern sie arbeitet bereits jetzt an nächsten Schritten zur weiteren Konsolidierung der Haushalte ab 1998.

Ein Maßnahmenpaket zur Überarbeitung kommunaler Leistungsgesetze befindet sich in Vorbereitung und wird im Herbst in den Landtag eingebracht werden, nachdem wir in den Koalitionsfraktionen darüber entschieden haben. Nicht zuletzt ist das Paket von Einsparvorschlägen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den letzten Haushaltsverhandlungen 1996 unter dem Titel "Sparen für Reformen" vorgelegt haben, nicht vom Tisch.

Auch wenn ich optimistisch bin, daß GRÜNE und SPD weitere Anstrengungen unternehmen, um zu soliden Einsparungen zu kommen, muß klar festgestellt werden, daß das vordringliche Ziel auf dem Weg zur Haushaltssanierung heißt: Kohl und seine Chaosregierung müssen weg!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen eine Steuerreform, die untere und mittlere Einkommen entlastet, die wieder nennenswerte Einnahmen bringt, eine verfassungskonforme Vermögensteuer erhebt und Ökosteuern für ökologische Investitionen und eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglicht. Steuergeschenke, die jetzt von Kohl und Waigel für 1999 versprochen worden sind, treiben das Gemeinwesen endgültig in die Pleite. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in Nordrhein-Westfalen bisher gezeigt, daß sie trotz unterschiedlicher Auffassungen, die wir um der Sache willen diskutieren und nicht um des reinen Machterhalts willen unter den Teppich kehren, wie das in Bonn geschieht, eine handlungsfähige Alternative zum Machtkartell in Bonn bilden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Diese Koalition hat im übrigen - deswegen läuft Herr Linssen dem Erfolg ja auch immer nach oder hier vor dem Erfolg weg, weil er ihn inzwischen woanders sucht, außerhalb dieses Parlamentes - eine Menge erreicht, was sich nicht in Haushaltszahlen beziffern läßt: Eine andere Flüchtlingspolitik, konsequenter Datenschutz für die Bürgerinnen und

Bürger, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Multimedia auch in den Kommunen, Maßnahmen gegen Frauenhandel, bessere Förderung für kleine und mittlere Unternehmen, mehr Maßnahmen zur Haftvermeidung als alle anderen Bundesländer zeigen, daß Rot-Grün auch mehr für demokratische und liberale Freiheitsrechte in diesem Lande erreicht hat. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Appel, getreut der Devise von Herrn Vesper: Jeden Tag eine Erfolgsstory!)

- Lieber Herr Kollege Matthiesen, Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen wird in diesen Tagen gerne als Testfall für Bonn oder als Modell für Rot-Grün diskutiert.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das Modell ist schon gescheitert!)

Ich möchte in zweierlei Hinsicht vor Illusionen warnen: Meine eigene Partei möchte ich davor warnen zu unterschätzen, daß wir es hier mit der sozialdemokratischsten SPD im ganzen Bundesgebiet zu tun haben. Sie wird noch lange brauchen und es nicht schnell schaffen, ihren notwendigen und vielleicht auch schmerzhaften Strukturwandel abzuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch die Freundinnen und Freunde in der SPD sollten nicht unterschätzen, daß sich GRÜNE zwar manchmal nicht ganz grün sind, aber wir GRÜNE in Nordrhein-Westfalen deswegen unbequem sind, weil wir vor allem politische Überzeugungstäter sind. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen als Koalitionspartner für ökologischen Umbau, für Bürgerrechte, für Frauenrechte und eine soziale Politik und sind verlässlich. Über Erfolg oder Mißerfolg dieser Koalition wird deshalb auch allein in Nordrhein-Westfalen entschieden. Wir sind keine Sklaven einer Bonner Machtperspektive.

Herr Kollege Matthiesen, wir sind aber auch verlässlich, was rechtsstaatliche Verfahren angeht, auch im Falle von Garzweiler II, was Sie vorhin angesprochen haben. Herr Kollege Matthiesen, das bedeutet auch, daß das Verfahren in allen Schritten rechtmäßig geprüft werden muß, daß nicht der Hauch eines Anscheins entstehen darf, daß einzelne Verfahrensschritte wie etwa das Monitoring nicht von einer unabhängigen Stelle vorgenommen werden. Verfahren müssen rechtsstaatlich sein,

(Appel [GRÜNE])

- (A) damit rechtsfehlerhafte Entscheidungen von vornherein nicht gefällt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch ein Stück Verlässlichkeit. Herr Matthiesen, in dieser Hinsicht haben die Betreiber von Garzweiler II, die das Verfahren beantragt haben, ebenfalls einen Anspruch auf eine rechtmäßige Prüfung und Rechtssicherheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen aber auch, daß von dieser Koalition, wenn sie wie bisher für die Menschen in Nordrhein-Westfalen erfolgreich arbeitet, wenn zudem der nötige Ruck durch das ganze Unternehmen geht, wenn es täglich ein Stück mehr zu einem gemeinsamen Projekt wird, mit dem die Menschen eine bestimmte Vorstellung, nämlich ökologischen Umbau und zukunftssichere Arbeitsplätze verbinden, ein wichtiges Signal ausgehen kann. Auch deswegen wollen wir den gemeinsamen Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Landesregierung ist ein Beispiel dafür, daß die Koalition einen wichtigen Beitrag dazu leistet, den Menschen zu beweisen, daß es eine Reformalternative zur bleiernen Zeit der Kohl-Regierung gibt.

(B) Es besteht zum erstenmal seit Jahren die realistische Chance, daß Rot-Grün die Bundesrepublik von Helmut Kohl befreien kann. Es gilt, diese Chance zu nutzen.

Ich kann mir an dieser Stelle eine Bemerkung nicht verkneifen: Ich finde es angesichts der dramatischen Haushaltslage, der Arbeitslosigkeit, der ökologischen Probleme und fortgesetzten Angriffe der Bundesregierung auf unser System der sozialen Sicherung - das sind die drängenden Probleme, die Politik lösen muß - schon ziemlich erstaunlich, mit welchem Zeitaufwand in diesen Tagen von manchen Blättern Interviewexegese betrieben wird. Ich bin davon überzeugt, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß sich unser Koalitionspartner nicht durch öffentliche Spekulationen irritieren läßt. Im Gegensatz zur Bonner Konkurs-Combo handelt unsere Koalition, die Landes-SPD unter Leitung von Johannes Rau gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berechenbar und im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Und nur darauf kommt es an. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile Herrn Minister Schleußer das Wort für die Landesregierung.

(C)

Heinz Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Appel, daß ich zunächst auf Sie eingehe, hat einen besonderen Grund. Ich finde, da wo keine Unterschiede sind, soll man auch nicht nach ihnen suchen. Auch wir sind Überzeugungstäter, aus gutem Grund. Wir versuchen, das vernünftig umzusetzen, was wir aus Überzeugung tun.

Meine Damen und Herren, die Diskussion um den Haushalt 1997 ist knapp ein halbes Jahr alt. Wenn ich mir die Diskussion der ersten und zweiten Lesung zum Haushalt und auch die heutige Diskussion vergegenwärtige, muß ich schlicht und ergreifend davon ausgehen, daß zumindest beim Fraktionsvorsitzenden der CDU - Herr Arentz, Sie werden ihm das erzählen können - das Kurzzeitgedächtnis doch ein wenig gelitten hat, weil er noch nicht einmal mehr ein halbes Jahr zurückverfolgen kann, was damals Grundlage war. Schon bei der Debatte, an der Sie ja nicht teilnehmen durften, in der Ihr Fraktionsvorsitzender alle Ihre Positionen mitvertreten hat, haben Sie das Szenario in Nordrhein-Westfalen - sonst nirgendwo - wie eine Cassandra beschrieben haben: Der Haushalt war nicht verfassungsgemäß, die Zahlen stimmten nicht, die Steuerschätzung war nicht eingehalten, und welche haltlosen Vorwürfe da sonst noch kamen.

Ich kann mich nur erinnern, was ich gesagt habe: Ich höre den Kollegen Waigel gleichzeitig in Bonn sagen, eigentlich sei die Situation so, daß es keinen Handlungsbedarf gebe. Ich habe darauf erwidert, daß ich da sehr skeptisch bin. Ich habe ihm gesagt, daß wir die Steuerschätzung im Mai 1997 erwarten, und wenn dann die Grundlagen vorhanden sind, werde ich unverzüglich, ohne jede Zeitverzögerung handeln. Als dann die Steuerschätzung kam, als die Grundlagen, die die Bundesregierung liefert, verändert wurden, das heißt schon vor der Steuerschätzung am 13. Mai, habe ich die Haushaltssperre erlassen. Schneller ging es nun beim besten Willen nicht.

Ich habe Ihnen dargelegt, daß die Landesregierung in der kurzen Zeit bis Anfang Juni, in nicht einmal 14 Tagen, einen Nachtragshaushalt verabschiedet und dem Parlament zugleitet hat. Können Sie mir

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) noch einen kürzen Zeitraum für unverzügliches Handeln sagen, wenn eine neue Situation entsteht?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben das parlamentarisch durchgestanden. Wir haben die Ausschußberatungen geführt, die Fachausschüsse haben beraten, der Haushalts- und Finanzausschuß hat drei Sitzungen mit intensiven Diskussionen hinter sich gebracht. Alles das ist geschehen. Ich kann nur wiederholen, was hier schon einmal gesagt worden ist: Es wäre nicht schlecht, wenn Sie uns ähnliche Beispiele aus Bonn vorhalten könnten, in denen das genauso zügig und ohne Zeitverlust abgelaufen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Linssen - ich freue mich, daß ich das direkt loswerden kann; Kollege Arentz wird Sie schon vorab informiert haben -, ich weiß nicht, ob Sie die Wirklichkeit nicht mehr wahrnehmen und einfach nicht mitbekommen, was am 15., 16. und 17. Mai 1997 gesagt worden ist, welche Steuerzufälle für 1997 neu - nicht alt - aufgetaucht sind, daß es diese 18 Milliarden DM waren. Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen nicht bemerkt haben und auch nicht bemerkt haben, was eigentlich in Bonn los ist.

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Linssen?

Heinz Schleußer, Finanzminister: Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Minister Schleußer, Sie können davon ausgehen, daß ich die Realität des 15. Mai mitbekommen habe.

Könnte Ihnen entgangen sein, daß in der Steuerschätzung vom Mai eine Differenz von 1,3 Milliarden DM verzeichnet ist und Sie jetzt 1,8 Milliarden DM deshalb als Steuermindereinnahme ausgelegt haben, weil Sie nicht auf die November-Schätzung reagiert haben, sich damit die Probleme unnötig erschwert haben und eben für 500 Millionen DM zusätzliche Deckung suchen mußten, die

Sie eigentlich schon im vorigen Jahr hätten suchen müssen?

(C)

Heinz Schleußer, Finanzminister: Herr Kollege Linssen, ich kenne ja diese Behauptungen. Sie ziehen sich durch Ihre Argumentation wie ein roter Faden.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ist ja wahr!)

Der Kollege Diegel und der Kollege Dautzenberg sind nicht da. - Das ging ja so weit, daß der Kollege Diegel einem Mitglied der SPD-Fraktion während der Ausschußberatung vorgeworfen hat, er sei ein Lügner. Das hat der Vorsitzende als unparlamentarisch gerügt.

Nein, was Sie nicht verstehen: Sie nehmen die Steuerschätzung, nehmen die schematische Regionalisierung und sagen: Das ist unser Gebetbuch. - Diese Zahlen sind falsch; ich habe Ihnen das wiederholt dargestellt und auch hier dargelegt, daß die schematische Regionalisierung ein wichtiger Grundstein ist.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aber nicht alles!)

Ich würde Sie jetzt wirklich - bevor ich die nächste Frage gerne zulasse - bitten zuzuhören. Die schematische Steuerschätzung ist eine Arbeitsgrundlage neben vielen anderen. Als das hier im Parlament nicht ausgereicht hat, was ich ja verstehe, hat es auf Antrag des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses im vergangenen Herbst eine lange Debatte im Haushalts- und Finanzausschuß gegeben, in der ich dargelegt habe, wie die Steueransätze in Nordrhein-Westfalen gefunden werden, und in der ich belegt habe, Herr Kollege Linssen, daß über den langen Zeitraum von zehn Jahren die Ansätze, die Nordrhein-Westfalen gefunden hat, immer näher bei den Ist-Zahlen waren als die schematische Steuerschätzung. Einmal lagen wir über, einmal unter der schematischen Steuerschätzung, aber immer waren wir besser.

(D)

Nachdem wir mehrere Stunden im Ausschuß diskutiert hatten, fragte ich, ob die CDU dazu noch Beratungsbedarf hat, ob sie verstanden hat, wie Steueransätze zustande kommen. - Da gab es keine Fragen mehr. Darum mußte ich davon ausgehen, daß das übergekommen ist, daß es aufgenommen worden ist.

Dann ging es um die entfallene Vermögensteuer, Herr Kollege Linssen. - Übrigens, Herr Kollege Appel, die Vermögensteuer ist nicht abgeschafft,

(Minister Schleußer)

- (A) sie steht nach wie vor im Bundesgesetzblatt. Es war ja die einfache Methode der Bonner Koalition, nichts zu tun, um die Verfassungsmäßigkeit der Vermögensteuer wiederherzustellen und Änderungen vorzunehmen. Sie hat sie stehenlassen, und dann konnte sie nicht mehr erhoben werden.

Aber die CDU hat hier gesagt: Alle die Steuereinnahmen, die sie als aus der Vermögensteuer nachlaufend betrachtet, werden nicht mehr kommen. Ich hoffe, auch Sie haben jetzt das Urteil des Bundesfinanzhofes zur Kenntnis genommen, daß alle Veranlagungen vor dem 31. Dezember 1996 durchaus steuerwirksam sind und in den Einnahmen des Landes ihren Niederschlag finden werden. Das war eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß unsere Ansätze genauer waren als die von Ihnen angebotene schematische Steuerschätzung. Das ist ja für uns ein Grund mit, Herr Kollege Linssen, die nicht herauszulassen, weil sie falsche Orientierungen liefern. Alles das ist Ihnen gesagt worden. Sie ignorieren es einfach, um Ihre Agitationsmöglichkeiten nicht zu sehr einzuengen. Sie brauchen die Wahrheit nicht, weil sie Ihre Argumentation schwächt. Das ist das eigentliche Elend Ihres Handelns.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, Dr. Linssen hat sich zu einer weiteren Zwischenfrage gemeldet.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Richtig, ich habe es gesehen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön, Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Minister Schleußer, wir wollen ja beide versuchen, möglichst nah an die Wahrheit heranzukommen, und uns nicht gegenseitig irgendwelche Agitationsmöglichkeiten unterstellen.

Darf ich Sie fragen, ob es richtig ist, daß der Haushalt 1997 mit Steuereinnahmen von 69,3 Milliarden DM von Ihnen angelegt worden ist, die Steuerschätzung November 1996 aber 68,3 Milliarden DM beinhaltete? Wir beten selbstverständlich keine schematische Steuerschätzung an, sondern

wissen, daß diese regionalisierte Steuerschätzung - ich habe Ihre ganze Argumentation in allen Protokollen nachgelesen, ich habe mir diese Freude angetan - selbstverständlich auf das Land Nordrhein-Westfalen auch mit seinen Besonderheiten zugeschnitten wird, daß die Abweichungen aber durch die Bank - so auch beim Haushaltsplan 1997 - zur Mai-Schätzung 1996 100 Millionen DM betragen und eben die 1 Milliarde DM damals schon eine Unterlassungssünde von Ihnen war.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Herr Kollege, wenn Sie sich der Wahrheit nähern wollen, ist der Steueransatz von 69,3 Milliarden DM richtig. Der war auch richtig. Sie nutzen wieder die schematische Regionalisierung, um das Gegenteil zu beweisen. Herr Kollege Linssen, auch wenn Sie die Ausschußprotokolle vorgelegt bekommen haben

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Gelesen!)

- ich habe doch auch gelesen -, ich habe hier das Protokoll der Plenarsitzung vom 11. Dezember 1996. Da hat der Kollege Linssen zu einem ähnlichen Thema ausgeführt - da ging es darum, den Steueransatz 1997 abzuleiten von 1996 -, daß allein 1996 2,4 Milliarden DM Mindersteuereinnahmen eintreten würden. Das war die Behauptung des Kollegen Linssen aufgrund der schematischen regionalisierten Steuerschätzung. Sie kennen das Ergebnis: Es waren für das Land 1,5 Milliarden DM.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

- Herr Kollege Linssen, durchgängig ist das an diesen Punkten so. Sie können mit dem Herrn Kollegen Diegel sprechen. Als wir uns darüber gestritten haben, welche Erfolge denn die Sperre bringt, hat er gesagt: Wir haben es jetzt nicht mehr allein geschafft und uns von externen Experten vorrechnen lassen, wie die Haushaltssperre wirken würde. Er kam zu dem Ergebnis: Die haben uns ausgerechnet - dabei ist schon unterstellt worden, daß die Personaleinsparungen rund 100 Millionen DM ausmachen -, daß maximal 300 Millionen DM zustande kommen. Auch da droht Ihnen ein Loch. So hat der Kollege Diegel von 1 Milliarde DM gesprochen. So milliardet sich das bei der CDU.

Sie kennen das Ergebnis: Ohne Personalausgaben, Herr Kollege Linssen, sind es über 1 Milliarde DM durch die Haushaltssperre geworden. Ich sage nur: Das bleibt alles nah beieinander, was von Ihnen an Zahlen auf den Tisch gelegt wird und wie die Wirklichkeit aussieht.

(C)

(D)

(Minister Schleußer)

- (A) Mich bedrückt besonders, daß dargestellt wird, wir sparen bei den investiven und nicht bei den konsumtiven Ausgaben. Das wird einen Tag später gesagt, nachdem hier im Landtag ein Antrag behandelt worden ist, der zur Voraussetzung hatte, die Personalkosten zwischen 500 und 750 Millionen DM aufzustocken. So korrekt ist die CDU, wenn es um konsumtive und investive Ausgaben geht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich verstehe ja, Herr Linssen - das hat Ihnen der Kollege Matthiesen auch bereits gesagt -, daß Sie mit Ihrer Aufgabe darin sehen, hier in Düsseldorf von dem abzulenken, was in Bonn passiert.

Wir haben zusätzlich eine Erfahrung gemacht, die ich in den langen Jahren mit den Bonner Kollegen noch nicht gemacht habe. Am 25. - also vorgestern - fand die Sitzung des Finanzplanungsrates statt. Das ist ein Gremium, das von den Ländern, von der Deutschen Bundesbank, bisher auch von der Bundesregierung und von den Gemeinden ernst genommen wird. Jetzt haben wir erstmalig erleben dürfen, daß die Bundesregierung praktisch jede Zahl schuldig blieb. Das einzige, was die Bundesregierung auf den Tisch legte, waren die Zahlen 1996, nicht einmal eine Zahl 1997. Von der mittelfristigen Planung 1998/99/2000 nannte sie keine einzige Zahl. Das sind ja die Grundlagen für das Arbeiten in den Ländern und in den Kommunen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Steuerreform ja oder nein? Dafür sind Sie doch verantwortlich!)

- Herr Kollege Linssen, ich glaubte, bei Ihnen ein bißchen Bereitschaft dafür zu finden, objektiv zu sein. Geben Sie denn zu: Der Haushalt 1997 - auch der des Bundes - hat mit der großen, kleinen oder sonstigen Steuerreform nun wirklich nichts mehr zu tun?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist auch nicht für 1997 beabsichtigt!)

- 1997 fehlen selbst die Daten. Wissen Sie, warum die fehlen? Das liegt daran, daß die Maastricht-Konvergenzkriterien einzuhalten nicht mehr möglich ist. Das wäre offengelegt worden, hätte er die 97er Zahlen genannt und gezeigt, wie das tatsächlich aussieht. Darum sind sie nicht genannt worden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Reinhold Trinius [SPD]: Wie hat der Bund das denn begründet?)

- (C) Damit habe ich die Einbringung des Nachtrags geschlossen. Es ist verdammt schwer, im Chaos Kurs zu halten - das habe ich doch zugegeben, Herr Kollege Linssen. Nur, wenn man 1,8 Milliarden DM Steuerausfälle hat, kann man das nicht so lapidar abtun, wie Sie das gerade in Ihrer Rede getan haben, indem da so ein bißchen an der globalen Minderausgabe herumgemacht wird.

Wir haben uns über die globale Minderausgabe ausgiebig unterhalten - Instrument in allen Haushalten, auf allen Ebenen, Instrument auch der Opposition, wenn es ihr paßt. Das ist sie immer wieder gewesen, Jahr für Jahr. Dieses Jahr paßte es nicht, und darum läßt man es.

Ich habe eben gesagt, die Bundesregierung sei im Finanzplanungsrat jede Zahl schuldig geblieben. Sie gibt den Ländern und den Gemeinden auch für die Zukunft keine Basis an die Hand. Interessant finde ich aber, Herr Kollege Linssen, was sie gesagt hat. Das gilt nicht nur für das, wie da wieder an der sogenannten großen Steuerreform hinsichtlich Verlustausgleich und Verlustvortrag sowie bei den Rückstellungen der Kernkraftunternehmen gebastelt wird. Einen solchen Unsinn würde ich nie vorschlagen, wie das dort gemacht worden ist. Aber über die angeblich große Steuerreform werden wir ja noch zu reden haben. Der Kollege Waigel hat aber dem staunenden Finanzplanungsrat gesagt, er denke nicht mehr daran, die Mehrwertsteuer nur um einen Punkt zu erhöhen, sondern er wolle sie um zwei Punkte erhöhen.

Noch interessanter für diese Opposition finde ich, daß er gesagt hat, er werde mit einem Nachtrag, den er vermutlich nach der Sommerpause einbringen werde, den Artikel 115 des Grundgesetzes aufheben. Den kann man aufheben, wenn es eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes gibt. Das hätte aber mit sich gebracht, wenn der Bund das feststellt, daß auch in den Ländern diese Bedingung des Koppelns der Investitionen an die Kreditaufnahme nicht mehr erfüllt werden müßte. Darum macht er das nicht. Er liefert vielmehr die Begründung, man sei bereits so weit im Jahre 1997, daß man die notwendigen Einsparungen nicht mehr erzielen könne. Deshalb soll Artikel 115 des Grundgesetzes aufgehoben werden.

Lieber Kollege Linssen, vergleichen Sie das einmal mit dem Verfahren der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Schämen Sie sich da nicht ein bißchen? Ich würde zumindest darüber nachdenken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) Eine letzte Bemerkung noch zum Finanzplanungsrat und zum Nachtrag, von dem ich sicher bin, daß wir ihn verabschieden werden: Ich habe eben gesagt, die Bundesregierung sei praktisch jede konkrete Zahl im Finanzplanungsrat schuldig geblieben. Es gibt eine wohltuende Ausnahme. Dabei ist aber nicht die Aussage wohltuend, sondern die Tatsache, daß eine Zahl genannt worden ist. Wir alle erinnern uns daran, daß diese Bundesregierung zugesagt hat, alles daranzusetzen, bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Der Bundeswirtschaftsminister hat im Finanzplanungsrat eine Vorlage eingebracht, in der er feststellt, er nehme an, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 2001 3,7 Millionen betragen wird. Das ist genau die Methode, die Ihnen eben schon genannt worden ist und die man Ihnen immer wieder sagen muß: Sie bolzen in Bonn, bringen diese Republik vor die Wand und versuchen hier Entschuldigungen. Hier hätten Sie guten Grund, solide Vorgeslagenem zu folgen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wird das Wort noch gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schließe die Beratung.

- (B) Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 12/2170, den **Gesetzesentwurf** der Landesregierung **Drucksache 12/2100** in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist der Gesetzesentwurf **in dritter Lesung** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich rufe auf:

3 Veräußerung einer landeseigenen Liegenschaft

Antrag
des Finanzministers
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 12/1388

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/2172

(C) Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Kern das Wort.

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, es gibt noch etwas anderes als die Haushaltsberatung!)

Hans Kern^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion stimmt der Veräußerung des Schlosses Bensberg an die Aachener und Münchener Lebensversicherung zu.

Das Schloß wird nicht, Frau Opladen, für 1 DM verscherbelt, wie Sie befürchtet haben. Es wird auch nicht auf neuere, vielleicht höhere Angebote gewartet. Zwei Jahre lang haben wir beraten, und nun wird verhandelt und entschieden.

Frau Opladen, Sie haben vor zwei Jahren gefordert, daß nicht ein maximaler, sondern ein optimaler Preis bezahlt wird. Nach dem Studium der Unterlagen kann ich Ihnen sagen, daß es so heute geschieht. Einfacher ausgedrückt, wie es gestern im Kommentar in Ihrer Zeitung in Bergisch Gladbach stand: Dem Spatz in der Hand geben wir den Vorzug vor der gerade eingeflogenen Taube - nämlich dem Anbieter Gruhl/Bethe - auf dem Dach.

(D) Eigentlich sollte Ihnen auch, Frau Opladen, als Bürgermeisterin dieser Stadt, egal sein, wer das Schloß kauft. Hauptsache, der Käufer ist solide und geht auf längere Sicht nicht pleite.

Sie haben in der Plenarsitzung am 14. Oktober 1995 gefordert, Schloß Bensberg dürfe nicht zum maximalen Preis veräußert werden. Wir sind auch davon überzeugt, daß die Versicherung willens ist, ihr Konzept mit dem Träger der Planungshoheit - das ist Ihre Stadt - so abzustimmen, daß die Bedingungen im Ratsbeschluß vom 13. März dieses Jahres im wesentlichen erfüllt werden, bis auf kleine Änderungen. So soll die Wohneinheitenzahl von 130 auf 150 erhöht werden. Jedenfalls hat der Projektentwickler der Aachener und Münchener Lebensversicherung, Herr Dr. Beuter, versprochen, in Kooperation mit allen Beteiligten hier etwas sehr Vernünftiges zu verwirklichen, nämlich Konzepte, die in einem Gemeinwesen, wie er wörtlich sagte, auch funktionieren.

Diese Gesellschaft plant ein 5-Sterne-Hotel mit 60 Betten und einem Tagungskomplex, einem Restaurant sowie betreutes Wohnen in 100 Appartements. Der Hauptturm Belvedere bleibt der Öffentlichkeit zugänglich - dies haben wir alle ge